



Einladung

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Mombach am
Donnerstag, 11.06.2026, 19 Uhr,
Haus Haifa (Mombacher Zimmer), Zeustr. 5, 55120 Mainz

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Berichterstattung Mainzer Netze Bauabschnitt Suderstraße

Anträge

2. Ausbau der E-Mobilität in Mombach (GRÜNE)
Vorlage: 1004/2026
3. Kreuzstraße – LKW-Fahrverbote ernstnehmen (FDP)
Vorlage: 1050/2026

Anfragen

4. Objektive Sicherheit im Straßenverkehr (GRÜNE)
Vorlage: 1005/2026
5. Fehlende Kita-Plätze (FDP)
Vorlage: 1046/2026
6. Schülerinnen und Schüler an Schulen in Mombach (FDP)
Vorlage: 1047/2026
7. Zeitplanung für das Schulzentrum am Lemmchen (FDP)
Vorlage: 1048/2026
8. Müllsituation Jawoll-Parkplatz (SPD)
Vorlage: 1051/2026

9. Trinkwasserbrunnen (SPD)
Vorlage: 1052/2026
10. Zuwege Kita (SPD)
Vorlage: 1053/2026
11. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
 - 11.1. Beleuchtung der Radwegeverbindung Schiersteiner Brücke (A 643) (SPD)
Vorlage: 0499/2026
 - 11.2. Ehem. Nestlé Gelände in Mombach (SPD)
Vorlage: 0503/2026
 - 11.3. Koordination Schulbauprojekt Mombach (SPD)
Vorlage: 0644/2026
 - 11.4. Fehlende Kita-Plätze (FDP)
Vorlage: 0650/2026
 - 11.5. Sperrung an der AS Mainz-Mombach: Auswirkungen, Folgen, Maßnahmen (FDP)
Vorlage: 0651/2026
 - 11.6. Ergänzende Antwort zu Weiteres Vorgehen beim Schulzentrum am Lemmchen (FDP)
Vorlage: 1784/2025
12. Sachstandsberichte
 - 12.1. Ergänztter Sachstandsbericht zu Antrag 0199/2026 FDP Ortsbeirat Mainz-Mombach
Vorlage: 0495/2026
 - 12.2. Mitteilung der Verwaltung zu Sachstandsbericht zu Antrag 1795/2025 SPD, Ortsbeirat Mainz-Mombach
Vorlage: 0214/2026
 - 12.3. Sachstandsbericht zu Antrag 0869/2025 SPD im Ortsbeirat Mainz-Mombach
Vorlage: 0909/2026
13. Beschlussvorlagen
 - 13.1. Bewerbung für das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm "Sozialer Zusammenhalt/Soziale Stadt" mit den drei Regionalfenstern Mombach, Nördliche Neustadt/Hartenberg und Lerchenberg
Vorlage: 0879/2026
14. Mitteilungen und Verschiedenes
15. Stadtteilmittel
16. Einwohnerfragestunde

b) nicht öffentlich

- 17. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
- 18. Anfragen
 - 18.1. Anfrage SPD
- 19. Sachstandsberichte
 - 19.1. Sachstandsbericht
- 20. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 08.06.2026

gez. Christian Kanka
Ortsvorsteher



Vorlage-Nr. /2026 TOP

Antrag für die Sitzung des Ortsbeirats Mombach am 11.06.2026

Ausbau der E-Mobilität in Mombach – Errichtung von öffentlichen E-Ladesäulen auf dem Westringplatz

Die Transformation hin zur Elektromobilität ist ein zentraler Baustein der städtischen Verkehrswende und des Klimaschutzes in Mainz. Damit der Umstieg auf E-Fahrzeuge gelingt, muss die Ladeinfrastruktur jedoch flächendeckend und vor allem im öffentlichen Raum ausgebaut werden.

Der Westringplatz nimmt hierbei für Mombach eine strategische Schlüsselrolle ein:

- Hohe Frequenz und Attraktivität: Der Platz ist ein zentraler Versorgungs- und Umsteigeknotenpunkt im Ortsteil. Autofahrende können den Ladevorgang ideal mit Erledigungen des täglichen Bedarfs (Einkauf) verknüpfen.
- Gerechtigkeit für Mieterinnen und Mieter: Im direkten Einzugsbereich des Westrings befindet sich eine dichte Wohnbebauung mit vielen Mehrfamilienhäusern. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner verfügen dort nicht über einen privaten Stellplatz mit eigener Wallbox. Sie sind zwingend auf ein verlässliches, quartiersnahes öffentliches Ladeangebot angewiesen.

Die Errichtung von Ladesäulen auf dem Westringplatz würde somit eine bestehende Infrastrukturlücke im Mombacher Westen schließen, den Standort für den lokalen Einzelhandel aufwerten und den Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg auf klimafreundliche Antriebe

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Mainz wird gebeten, in Kooperation mit den Mainzer Stadtwerken (bzw. der Mainzer Mobilität) zu prüfen,

1. An welchen Stellen auf oder im direkten Umfeld des Westringplatzes die Errichtung von öffentlichen E-Ladesäulen (idealerweise eine Kombination aus AC-Normalladepunkten und mindestens einem DC-Schnellladepunkt) technisch und netzseitig kurzfristig realisierbar ist.
2. In welchem Zeitrahmen eine Umsetzung erfolgen kann und welche Fördermittel des Bundes oder des Landes Rheinland-Pfalz hierfür herangezogen werden können.
3. Dem Ortsbeirat über das Ergebnis dieser Prüfung zeitnah zu berichten

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Ortsbeirat Mainz-Mombach

Ansgar Helm-Becker, Stefanie Gorges

**Freie Demokraten
im Ortsbeirat Mombach**



03.06.2026

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 11. Juni 2026

Kreuzstraße – LKW-Fahrverbote ernstnehmen

Im Rahmen von Anfragen hat die Verwaltung mitgeteilt, dass sie in Folge der Sperrung an der Autobahnanschlussstelle Mombach einen erhöhten LKW-Verkehr in Mombach wahrnimmt. Insbesondere die (Obere) Kreuzstraße als direkte Verbindung zwischen den Anschlussstellen Mombach und Gonsenheim ist hier stark betroffen. Auf der Kreuzstraße gilt jedoch ein Durchfahrtsverbot für LKW, die keine Anlieger sind.

Die Verwaltung erklärte jedoch auch, keine weiteren Maßnahmen zur Vermeidung der Verkehrsbelastung zu planen.

Der Ortsbeirat fordert daher die Verwaltung auf, das Durchfahrtsverbot für LKW ernst zu nehmen und durch regelmäßige Kontrollen zu unterschiedlichen Zeiten – auch nachts – dazu beizutragen, dass dieses beachtet und umgesetzt wird.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die Freien Demokraten im Ortsbeirat Mainz-Mombach,
Michael Ziegler



Vorlage-Nr. /2026 TOP

Anfrage für die Sitzung des Ortsbeirats Mombach am 11.06.2026

Anfrage zur objektiven Sicherheit im Straßenverkehr – Kontrollichte und Verkehrsüberwachung in Mombach

Aus der Mombacher Bürgerschaft erreichen die Mitglieder des Ortsbeirats regelmäßig Beschwerden über mangelnde Verkehrssicherheit. Häufig genannt werden Geschwindigkeitsüberschreitungen auf den Hauptverkehrsachsen, aber auch das Nichteinhalten von Tempo-30-Zonen in reinen Wohngebieten. Zudem führen unübersichtliche Parksituationen im Kreuzungsbereich und das Blockieren von Gehwegen – insbesondere im Umfeld von Schulen und Kindertagesstätten – immer wieder zu gefährlichen Situationen für Fußgänger und Radfahrende.

Um die tatsächliche Lage vor Ort jenseits subjektiver Eindrücke bewerten und gegebenenfalls gezielte Maßnahmen einfordern zu können, bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. **Geschwindigkeitskontrollen (Fließender Verkehr):**
Wie oft und an welchen konkreten Messstellen wurden im Jahr 2025 sowie im bisherigen Verlauf des Jahres 2026 Geschwindigkeitskontrollen in Mombach durchgeführt?
2. **Ergebnisse der Messungen:**
Wie hoch waren die jeweiligen Beanstandungsquoten (Prozentzahl der Verstöße gemessen an den Gesamtfahrzeugen) bei diesen Kontrollen? Welche Straßen oder Abschnitte fielen dabei als besondere „Raser-Schwerpunkte“ negativ auf?
3. **Parkraumüberwachung (Ruhender Verkehr):**
Wie häufig fanden im genannten Zeitraum (2025/2026) gezielte Kontrollen des ruhenden Verkehrs statt? Wurden dabei insbesondere die sensiblen Bereiche vor den Mombacher Schulen und Kitas zu den Hauptbring- und -holzeiten („Elterntaxis“) berücksichtigt?
4. **Gefahrenschwerpunkte laut Unfallstatistik:**
Welche Kreuzungen, Straßenabschnitte oder Einmündungen in Mombach weisen laut der aktuellen polizeilichen Unfallstatistik die höchsten Unfallzahlen auf, und welche Hauptunfallursachen wurden dort identifiziert?

**Freie Demokraten
im Ortsbeirat Mombach**



03.06.2026

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 11. Juni 2026

Fehlende Kita-Plätze

Die nachfolgende Anfrage haben wir in den vergangenen Jahren bereits mehrfach in ähnlicher Form gestellt und bitten daher die Verwaltung, um aktuelle Informationen. Bei einem Teil der gestellten Fragen verwies die Verwaltung in der Antwort auf Anfrage 0465/2025 darauf, dass diese erst beantwortet werden können, wenn eine trägerübergreifende Anmeldung etabliert sei. Dies sollte inzwischen geschehen sein.

Die Suche nach einer Tagesbetreuung, vor allem für Kleinkinder, stellt viele Familien vor eine große Herausforderung. Daher bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie viele Ganztags- und Teilzeitplätze gibt es in den einzelnen Kindertagesstätten sowie in der Kindertagespflege in Mombach?
- Wie ist der Belegungsstand der einzelnen Kindertagesstätten bzw. der Kindertagespflegeangebote insgesamt?
- Gibt es Kinder in Mombach, die aktuell noch auf einen Betreuungsplatz warten?
- Wenn ja, wie viele sind das aktuell?
- Wie lange beträgt die übliche Wartezeit, bis Familien ein Platz angeboten werden kann?

Für die Freien Demokraten im Ortsbeirat Mainz-Mombach,
Michael Ziegler

**Freie Demokraten
im Ortsbeirat Mombach**



03.06.2026

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 11. Juni 2026

Schülerinnen und Schüler an Schulen in Mombach

Das Schuljahr 2025/2026 geht in den kommenden Wochen zu Ende und die Anmeldephase für das neue Schuljahr 2026/2027 an den vier Mombacher Schulen sollte abgeschlossen sein.

Daher bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Schülerinnen und Schüler werden voraussichtlich im Schuljahr 2026/2027 die drei Schulen am Schulzentrum am Lemmchen sowie die Pestalozzi Grundschule aufgeschlüsselt nach Klassenstufe besuchen?
- Wie viele Schülerinnen und Schüler aufgeschlüsselt nach den vier Schulen kommen aus welchen Mainzer Stadtteilen bzw. aus welchen Orten im Mainzer Umland?
- Wie viele Schülerinnen und Schüler aufgeschlüsselt nach den vier Schulen haben einen Anspruch auf eine Fahrtkostenübernahme bei der Schülerbeförderung?
- Wie viele Lehrkräfte und weiteres Personal – Personenzahl und Vollzeitäquivalente – werden nach aktuellem Stand im Schuljahr 2026/2026 an den vier Schulen eingesetzt?
- Wie haben sich die Zahlen gegenüber den Vorjahren verändert?

Für die Freien Demokraten im Ortsbeirat Mainz-Mombach,
Michael Ziegler

**Freie Demokraten
im Ortsbeirat Mombach**



03.06.2026

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 11. Juni 2026

Zeitplanung für das Schulzentrum am Lemmchen

Mit dem kommenden Schuljahr 2026/2027 geht das Gymnasium Mombach in sein viertes Jahr. Das heißt, nach der ursprünglichen Planung wird das Interims Schulgebäude dann seine Maximalkapazität erreicht haben. Da der Bau des eigentlichen Schulgebäudes noch nicht begonnen hat, wird – wie bereits öffentlich kommuniziert wurde – ein weiteres Interimsgebäude benötigt. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen und gleichzeitig um die Information der breiten Öffentlichkeit durch zumindest eine Aktualisierung des „Baustellenblogs“ zum Schulzentrum am Lemmchen, auf dem seit einem Jahr nichts mehr veröffentlicht wurde.

- An welcher Stelle wird ein weiteres Interimsgebäude gebaut/aufgestellt werden?
- Wann (möglichst monatsgenau) sind welche Meilensteine bei Realisierung des Interimsgebäudes geplant?
- Wann beginnt der Bau des eigentlichen Schulgebäudes und für wann (quartalsgenau) sind welche Meilensteine bei der Realisierung geplant?
- Welche weiteren Bau-, Umbau oder Vorbereitungsmaßnahmen sind in den kommenden beiden Jahren hinsichtlich des Schulzentrums am Lemmchen geplant?
- Zu welchem Zeitpunkt plant die Verwaltung die Öffentlichkeit im Rahmen von Informationsveranstaltungen, Tagen der offenen Tür etc. zu informieren?

Für die Freien Demokraten im Ortsbeirat Mainz-Mombach,
Michael Ziegler

Anfrage: Müllsituation Jawoll-Parkplatz

Der Parkplatz vor „Jawoll“ wird seit vielen Jahren von unterschiedlichen Unternehmen als Stell- und teilweise auch als Übernachtungsplatz für Lkw genutzt. Die damit verbundene Belastung des Areals durch Abfälle und Verschmutzungen ist weiterhin deutlich erkennbar. Nach wie vor fehlen ausreichende Sanitäranlagen sowie eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Abfallbehältern. Auch die Reinigung des Platzes erscheint nicht ausreichend, um die bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen.

Bereits seit 2004 fordert der Ortsbeirat regelmäßig Maßnahmen zur Verbesserung der Situation. Auch Frau Dezernentin Matz hatte im Jahr 2020 auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen.

Mehrere Anträge des Ortsbeirats sowie Vorschläge aus dem Kreis der umliegenden Vereine und Gewerbetreibenden haben bislang zu keiner spürbaren Verbesserung geführt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Ist der aktuelle Zustand des Parkplatzes der Verwaltung bekannt und wird die Entwicklung weiterhin beobachtet?
2. Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche mit der Autobahn GmbH hinsichtlich einer möglichen Mitfinanzierung eines geordneten Lkw-Stellplatzes?
3. Wurden Gespräche mit den beteiligten Unternehmen über Lösungsansätze geführt, und wenn ja, wann fanden diese zuletzt statt?
4. Welche konkreten Überlegungen oder Maßnahmen verfolgt die Verwaltung, um die Situation auf dem Parkplatz dauerhaft zu ordnen und zu verbessern?

Mainz-Mombach, den 03.06.2026

Katina Tiesler, Fraktionssprecherin

Anfrage: Trinkwasserbrunnen

Der Sommer steht vor der Tür und die Temperaturen steigen, so dass ein Trinkwasserbrunnen von Nöten ist. Seit Januar 2026 sind jedoch keine erkennbaren Fortschritte in dieser Angelegenheit festzustellen.

Nach wie vor geht es um den Standort „Heinz-Schier-Platz“ an der Ortsverwaltung. Dieser wurde bereits Ende 2024 auf Initiative des Vereins „Schöneres Mombach“ unter Beteiligung von Mainzer Netze, Wirtschaftsbetrieb und Grünamt geprüft und grundsätzlich als möglicher Standort bewertet. Zudem hat der Verein seine Bereitschaft erklärt, sich an der Finanzierung zu beteiligen. Darauf wurde bereits im Antrag 1464/2025 der SPD-Fraktion im Mombacher Ortsbeirat hingewiesen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. In welchem Bearbeitungs- bzw. Klärungsstadium befindet sich das Vorhaben derzeit?
2. Wann ist mit der Errichtung des dringend benötigten Trinkwasserbrunnens zu rechnen?
3. Welche Gründe stehen einer Umsetzung derzeit noch entgegen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass nach den vorliegenden Informationen auch die Finanzierung gesichert beziehungsweise unterstützt werden könnte?

Mainz-Mombach, den 03.06.2026

Katina Tiesler, Fraktionssprecherin

Anfrage: Zuwege Kita

Anfrage zur Verkehrs- und Wegeplanung der künftigen Kita „Königsgarten“ auf dem Gelände der Mombacher Waggonfabrik

Bald soll auf dem Gelände der ehemaligen Waggonfabrik in Mombach die neue Kita „Königsgarten“ entstehen. Langfristig ist dort die Betreuung von bis zu 80 Kindern vorgesehen.

Da das Gelände der ehemaligen Waggonfabrik teilweise unübersichtlich, weitläufig und durch unterschiedliche Wegeführungen geprägt ist, stellen sich Fragen zur Verkehrs- und Erschließungssituation.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Auskunft zu folgenden Punkten:

1. Welche Untersuchungen und Planungen wurden im Vorfeld hinsichtlich der Anfahrtssituation zur Kita durchgeführt?
2. Wurde die zu erwartende Verkehrsbelastung durch Bring- und Holverkehr bewertet?
3. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um eine sichere An- und Abfahrt für Eltern, Beschäftigte sowie Rettungsfahrzeuge zu gewährleisten?
4. Welche Überprüfungen wurden bezüglich der Wegeführung für Fußgänger und Radfahrer vorgenommen?
5. Wie wird sichergestellt, dass Kinder und ihre Begleitpersonen die Kita sicher erreichen können?
6. Sind zusätzliche Maßnahmen wie Verkehrsberuhigung, Querungshilfen, Beschilderungen oder Anpassungen der Wegeführung geplant?

Ich bitte um eine Darstellung der bisherigen Planungen und der zugrunde liegenden Prüfungen.

Mainz-Mombach, den 03.06.2026

Katina Tiesler, Fraktionssprecherin

Anfrage: Beleuchtung der Radwegeverbindung Schiersteiner Brücke (A 643)

Der Ortsbeirat bittet die Verwaltung unter Bezugnahme auf die jüngsten Presseveröffentlichungen und offiziellen Mitteilungen (u. a. Stadt Wiesbaden/Mainz, September & Dezember 2025) um Beantwortung folgender Fragen:

1. Beleuchtung der Mainzer Zuwegung:
Wie ist der aktuelle Planungsstand zur Installation einer Beleuchtung der Rampen und der Zufahrtswege auf Mombacher Seite? In Pressemitteilungen der Stadt Wiesbaden vom Dezember 2025 wurde die Fertigstellung der dortigen Zuwegung (Uferstraße) inklusive neuer Beleuchtung bereits bestätigt.
2. Abstimmung mit der Autobahn GmbH zur Trasse:
Liegen der Stadt Mainz Informationen vor, ob die Autobahn GmbH des Bundes nach Mängelbeseitigung und Freigabe der abgehängten Trasse (September 2025) die Nachrüstung der Beleuchtung plant?
3. Einbindung in überregionale Planungen/ Radvorrangroute (RV 2) :
Im gemeinsamen Radverkehrskonzept der Städte Mainz und Wiesbaden ist die Trasse als Radvorrangroute (RV 2) definiert, was eine einheitliche Beleuchtungsqualität für die gesamte Route zwischen Mombacher Kreisel und Schiersteiner Hafe beinhaltet.
Wie ist die Kooperation mit der Stadt Wiesbaden organisiert, welche weiteren Vorhaben sind geplant?

Mainz-Mombach, den 10.03.2026

Katina Tiesler, Fraktionssprecherin

Anfrage: Ehem. Nestlé Gelände in Mombach

Das ehemalige Nestlé Gelände, das an den Industriehafen angeschlossen ist, ist seitdem Weggang und dem Rückbau der Gebäude im Jahr 2018 ungenutzt und verkommt. Für die Nutzung des Geländes muss laut Bebauungsplan auch eine Hafennutzung erforderlich sein. Bei der Beantwortung der letzten Anfrage im Jahr 2022 hierzu teilte die Verwaltung mit, dass sowohl die Verwaltung als auch der Grundstückseigentümer ein Interesse an der Entwicklung des Geländes haben. Dementsprechend werde der Austausch fortgesetzt.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Besteht Kenntnis über den aktuellen Sachstand und die anstehenden Entwicklungen auf dem Gelände?
2. Wurde seit der Beantwortung der Anfrage Nr. 0964/2022 eine neue oder angepasste Bauvoranfrage oder ein Bauantrag durch den Eigentümer gestellt?
3. Gibt es Bestrebungen des Eigentümers den Bebauungsplan ändern zu lassen oder eine Befreiung zu erwirken, die die Erforderlichkeit der Hafennutzung widersprechen?
4. Beabsichtigt die Verwaltung von der Erforderlichkeit der Hafennutzung abzusehen?
5. Wie oft findet hier ein Austausch zwischen Eigentümer und Verwaltung statt?

Mainz-Mombach, den 10.03.2026

Katina Tiesler, Fraktionssprecherin

Antwort zur Anfrage Nr. 0644/2026 der SPD im Ortsbeirat Mombach betreffend **Koordination Schulbauprojekt Mombach (SPD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Gibt es für dieses Schulbauprojekt eine fachübergreifende Koordinierungsstelle?

Nein.

2. Wenn ja: wo ist diese Stelle verortet und wer ist hierfür Ansprechpartner?

Siehe Antwort zu 1.

3. Wenn nein: warum gibt es keine fachübergreifende Koordinierungsstelle?

Die Koordinierung der diversen mit einem Bauprojekt einhergehenden Anforderungen ist Aufgabe der Projektleitung.

4. Ist die Verwaltung der Auffassung, dass eine solche fachübergreifende Koordinierungsstelle eingerichtet werden sollte? Wenn nein, warum nicht?

Siehe Antwort zu 3. Die Einrichtung einer solchen fachübergreifenden Koordinierungsstelle wurde bislang nicht geprüft. Bei Projekten der Größenordnung wie das Schulzentrum Mombach wäre eine Unterstützung der Projektleitung bzw. eine Projektassistenz denkbar, sofern dies personell und kapazitativ darstellbar ist.

5. Wie plant die Verwaltung das Gesamtprojekt erfolgreich zu koordinieren?

Baufachlich koordiniert die Gebäudewirtschaft Mainz (GWM) das Bauvorhaben „Schulzentrum Am Lemmchen“. Die gesamtheitliche, schulorganisatorische Koordination liegt nicht im Aufgabengebiet der GWM, sondern beim Schuldezernat.

6. Welche Verwaltungsbereiche waren bisher an dem Schulbauprojekt beteiligt und welche werden daran künftig noch beteiligt sein?

Folgende Verwaltungsbereiche waren bisher beteiligt:

- Amt 10 (Hauptamt)
- Amt 14 (Revisionsamt)
- Amt 20 (Amt für Finanzen und Beteiligungen)

- Amt 30 (Rechts- und Ordnungsamt)
- Amt 37 (Feuerwehr)
- Amt 40 (Schulamt)
- Amt 50 (Amt für soziale Leistungen)
- Amt 51 (Amt für Jugend und Familie)
- Amt 60 (Bauamt)
- Amt 61 (Stadtplanungsamt)
- Amt 67 (Grün- und Umweltamt)
- Amt 80 (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften)
- Ortsbeirat Mombach
- Planungs- und Gestaltungsbeirat
- Schulelternbeirat
- ADD / SGD Süd (Aufsichtsbehörden)
- Mainzer Netze
- Arbeitskreis Umwelt
- Dezernate I, II, III, IV, V, VI und VIII

Mainz, 30.04.2026

gez.

Ludwig Holle

Beigeordneter

Anfrage: Koordination Schulbauprojekt Mombach

Damit große und wichtige Projekte erfolgreich umgesetzt werden können, ist eine gute Koordination und Kommunikation notwendig. Das Schulbauprojekt in Mombach empfinden wir als ein sehr wichtiges Projekt. Hierbei gibt es verschiedene Zweige die koordiniert werden müssen: der Gebäudebau, die Verkehrsplanung, Einbeziehung der Schulgemeinschaft und viele mehr. Allein die aufgezählten Themen fallen in drei verschiedene Dezernate des Stadtvorstands. Seit Beginn des Schulbauprojekts gab es immer wieder neue Hürden und Probleme unterschiedlichster Art. Das zeigen auch verschiedene Anfragen und Anträge des Ortsbeirats.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Gibt es für dieses Schulbauprojekt eine fachübergreifende Koordinierungsstelle?
2. Wenn ja: wo ist diese Stelle verortet und wer ist hierfür Ansprechpartner?
3. Wenn nein: warum gibt es keine fachübergreifende Koordinierungsstelle?
4. Ist die Verwaltung der Auffassung, dass eine solche fachübergreifende Koordinierungsstelle eingerichtet werden sollte? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie plant die Verwaltung das Gesamtprojekt erfolgreich zu koordinieren?
6. Welche Verwaltungsbereiche waren bisher an dem Schulbauprojekt beteiligt und welche werden daran künftig noch beteiligt sein?

Mainz-Mombach, den 14.04.2026

Katina Tiesler, Fraktionssprecherin

**Freie Demokraten
im Ortsbeirat Mombach**



15.04.2026

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 23. April 2026

Fehlende Kita-Plätze

Die nachfolgende Anfrage haben wir in den vergangenen Jahren bereits dreimal in ähnlicher Form gestellt. Inzwischen sollte auch die zentrale, trägerübergreifende Kitaplatzanmeldung etabliert sein. Daher bitten wir die Verwaltung, um aktuelle Informationen:

- Wie viele Ganztags- und Teilzeitplätze gibt es aktuell in den einzelnen Kindertagesstätten sowie in der Kindertagespflege in Mombach?
- Wie ist der Belegungsstand der einzelnen Kindertagesstätten bzw. der Kindertagespflegeangebote insgesamt?
- Gibt es Kinder in Mombach, die aktuell noch auf einen Betreuungsplatz warten?
- Wenn ja, wie viele sind das aktuell?
- Wie lange beträgt die übliche Wartezeit, bis Familien ein Platz angeboten werden kann?

Für die Freien Demokraten im Ortsbeirat Mainz-Mombach,
Michael Ziegler

Zwischenbericht zur Anfrage Nr. 0650/2026 der FDP im Ortsbeirat Mombach betreffend
Fehlende Kita-Plätze (FDP)

Aufgrund des zentralen Versuches, der Zusagen für die städtischen Kindertagesstätten in der Kalenderwoche 17, wird die Beantwortung auf die Anfrage des Ortsbeirates zur Sitzung am 11.06.2026 nachgereicht.

Mainz, 08.06.2026

gez.

Jana Schmöller
Beigeordnete

Antwort zur Anfrage Nr. 0651/2026 der FDP im Ortsbeirat **Mainz-Mombach** betreffend
Sperrung an der AS Mainz-Mombach: Auswirkungen, Folgen, Maßnahmen (FDP)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welche Auswirkungen der Sperrung auf Verkehrsbewegungen – insbesondere in und um Mombach – konnte die Verwaltung in den vergangenen Monaten feststellen?

Nach den bisherigen Auswertungen des Verkehrsmanagements ist infolge der Sperrung ein erhöhtes Verkehrsaufkommen im Stadtgebiet festzustellen. An der Verkehrszählstelle An der Krimm / Erzbergerstraße wurden rund 5.000 zusätzliche Fahrzeuge pro Tag erfasst. Am Knotenpunkt Obere Kreuzstraße / Erzbergerstraße hat sich der Schwerlastverkehr von 362 auf 625 Fahrzeuge pro Tag erhöht.

2. Wurden in Reaktion darauf Maßnahmen ergriffen? Wenn ja, welche?

Ja. Im Rahmen eines Abstimmungstermins Ende Februar zwischen Verwaltung, Autobahngesellschaft, Straßenmeisterei und Autobahnpolizei wurden die durch die Sperrung entstandenen Probleme erörtert. Zur Verbesserung der Situation wird der Beschleunigungstreifen an der Anschlussstelle Gonsenheim kurzfristig deutlich verlängert, um den Verkehrsfluss zu verbessern und Rückstaus zu reduzieren. Zudem wird eine technische Lösung zur separaten Führung des Lkw-Verkehrs weiter geprüft; hierzu wird derzeit eine Funktionsausschreibung vorbereitet.

3. Wie bewertet die Verwaltung die aktuelle Situation mit Blick auf die Erreichbarkeit von Gewerbe, Staus, Emissionen etc.?

Die Verwaltung bewertet die aktuelle Situation als belastend für das Stadtgebiet. Es ist nachvollziehbar, dass die Sperrung mit Einschränkungen bei der Erreichbarkeit, zusätzlichen Staus und damit verbundenen Emissionen einhergeht. Da die Sperrung jedoch aus Sicherheitsgründen erforderlich ist und derzeit keine andere umsetzbare Lösung zur Verfügung steht, muss die bestehende Regelung vorerst beibehalten werden.

4. Besteht aus Sicht der Verwaltung weiterer Handlungsbedarf seitens der Stadt bzw. der für die Autobahn zuständigen Behörden/Organisationen? Wenn ja, in welcher Form?

&

5. Sind weitere Maßnahmen seitens der Stadt oder der für die Autobahn zuständigen Behörden/Organisationen geplant? Wenn ja, welche und in welchem Zeitrahmen?

Die Verwaltung steht im regelmäßigen Austausch mit der Autobahn GmbH sowie der Polizei. In diesem Kontext wird mit Nachdruck die Auffassung vertreten, dass eine Öffnung der Abfahrt zumindest für den Pkw-Verkehr sinnvoll und aus Sicht der Verkehrssicherheit geboten wäre. Die Verwaltung verfügt jedoch nicht über die Kompetenz, am Autobahnbereich eigenständig bauliche oder verkehrsrechtliche Maßnahmen anzuordnen, sodass konkrete Umsetzungsschritte ausschließlich durch die für die Autobahn erfolgen können.

Die Autobahn GmbH hat den Beschleunigungstreifen an der Anschlussstelle Gonsenheim verlängert, um einen flüssigeren Verkehrsablauf zu ermöglichen. Es ist beabsichtigt, im zweiten Quartal die Funktionsausschreibung für eine mögliche separate Verkehrsführung des Lkw-Verkehrs vorzunehmen. In der zweiten Jahreshälfte soll dann die Separierung eingerichtet werden. Voraussetzung hierfür sind jedoch noch ein Verkehrsgutachten sowie die Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehr.

Weitere Abstimmungen zwischen den Beteiligten sind vorgesehen, um die Wirkung der von der Autobahn GmbH umgesetzten Maßnahmen auszuwerten und das weitere Vorgehen festzulegen.

6. Hat die Verwaltung festgestellt, dass in Folge der Sperrung Schwerlastverkehr vermehrt, regelwidrig die (Obere) Kreuzstraße befährt?

Nach den vorliegenden Auswertungen ist am Knotenpunkt Obere Kreuzstraße / Erzbergerstraße ein Anstieg des Schwerlastverkehrs festzustellen. Eine eindeutige Unterscheidung zwischen zulässigem Anliegerverkehr und unzulässiger Nutzung ist allerdings nicht möglich.

7. Plant die Verwaltung Maßnahmen dagegen zu ergreifen? Wenn ja, welche?

Es sind keine weitergehenden Maßnahmen seitens der Stadtverwaltung vorgesehen.

Mainz, 24.04.2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

**Freie Demokraten
im Ortsbeirat Mombach**



15.04.2025

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 23. April 2026

Sperrung an der AS Mainz-Mombach: Auswirkungen, Folgen, Maßnahmen

Wie schon mehrfach im Ortsbeirat Mombach debattiert wurde, hat die Autobahn GmbH Anfang Oktober 2025 eine Sperrung mehrerer Auf- und Abfahrten an Anschlussstelle Mainz-Mombach verfügt. Dadurch muss von Wiesbaden kommender Verkehr an der Anschlussstelle Mainz-Gonsenheim wenden, während Verkehr der aus Mombach kommend in Richtung Koblenz fährt, am Schiersteiner Kreuz wenden muss.

Diese Sperrung besteht nun bereits seit mehreren Monaten, so dass wir die Verwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen bitten:

- Welche Auswirkungen der Sperrung auf Verkehrsbewegungen – insbesondere in und um Mombach – konnte die Verwaltung in den vergangenen Monaten feststellen?
- Wurden in Reaktion darauf Maßnahmen ergriffen? Wenn ja, welche?
- Wie bewertet die Verwaltung die aktuelle Situation mit Blick auf die Erreichbarkeit von Gewerbe, Staus, Emissionen etc.?
- Besteht aus Sicht der Verwaltung weiterer Handlungsbedarf seitens der Stadt bzw. der für die Autobahn zuständigen Behörden/Organisationen? Wenn ja, in welcher Form?
- Sind weitere Maßnahmen seitens der Stadt oder der für die Autobahn zuständigen Behörden/Organisationen geplant? Wenn ja, welche und in welchem Zeitrahmen?

Die folgenden beiden Fragen wurden bereits im November gestellt, aber bisher nicht beantwortet:

- Hat die Verwaltung festgestellt, dass in Folge der Sperrung Schwerlastverkehr vermehrt, regelwidrig die (Obere) Kreuzstraße befährt?
- Plant die Verwaltung Maßnahmen dagegen zu ergreifen? Wenn ja, welche?

Für die Freien Demokraten im Ortsbeirat Mainz-Mombach,
Michael Ziegler



Stadtverwaltung Mainz | Dezernat VIII | Postfach 3820 | 55028 Mainz

Ortsverwaltung Mainz-Mombach
Herrn Ortsvorsteher Kanka

- über 10-Hauptamt -

Beigeordneter
Ludwig Holle
Dezernat für Bauen,
Denkmalpflege und historisches
Erbe

Postfach 3820
55028 Mainz
Zitadelle | Gebäude A

Ansprechperson
Frau Nücken-Calvi
Tel 06131/12-3926
Fax 06131/12-3056
andrea.nuecken-
calvi@stadt.mainz.de

www.mainz.de

Mainz, 16.04.2026

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Mombach am 20.11.2025 betr. Punkt 10

hier: Nachfrage bzgl. der Antwort zur Anfrage 1784/2025; Weiteres Vorgehen beim Schulzentrum am Lemmchen

Aktenzeichen: 69-2131

Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher Kanka,

in der o.g. Ortsbeiratssitzung bat Herr Ziegler um weitere Informationen zum Schulzentrum.

Die Entscheidung des Stadtrechtsausschusses wurde aufgrund von Fristverlängerungen von ursprünglich 06.10.2025 auf den 05.12.2025 verschoben. Der Widerspruchsbescheid ging am 10.12.2025 bei der Verwaltung ein.

- Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Entscheidung des Stadtrechtsausschusses?

Als Konsequenz werden nun folgende drei Unterlagen Bestandteil der Baugenehmigung:

- Konkretisierte Betriebsbeschreibung vom 07.08.2025
- Schallgutachten vom 13.08.2025
- Nachtrag zum Schallgutachten vom 12.09.2025 mit Limitierung der Fläche des Pausenhofs zum Grundstück des Widerspruchsführers

- Wurde vom klagenden Anwohner eine Klage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht bzw. ist dies noch möglich?

Am 12.01.2026 wurde vom Widerspruchsführenden Klage gegen die Baugenehmigung erhoben.

- Gibt es nun einen Zeitplan für den Bau des Gymnasiums bzw. weiterer Gebäude?

Im Sommer 2026 soll mit der Baumaßnahme für den Neubau des Gymnasiums Mombach begonnen

werden. Die ersten drei Gewerke (Baustelleneinrichtung, Baufeldfreimachung, Spezialtiefbau) befinden sich derzeit in der Ausschreibung.

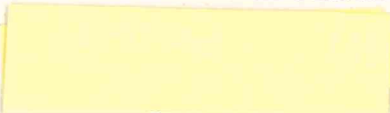
- ***Wurde eine Entscheidung hinsichtlich einer Erweiterung des Interimsgebäudes getroffen? Wenn ja, wie sieht diese aus und wie sieht der Zeitplan dafür aus?***

Aufgrund der Verzögerungen wird ein weiteres Interim für das Gymnasium Mombach ab dem Schuljahr 2027/2028 erforderlich. Das Interim II wird auf dem Schulhof der Realschule plus errichtet. Um die entfallenden Pausenhofflächen zur Verfügung zu stellen, wird die angrenzende öffentliche Grünfläche zur Pausennutzung bereitgestellt (siehe Stadtratsbeschluss vom 25.03.2026, TOP 80).

- ***Wann ist geplant, die Mombacher Bevölkerung über die aktualisierte Planung zu informieren?***

Am 19.03.2026 hat die Gebäudewirtschaft Mainz im Ortsbeirat über die aktualisierte Planung berichtet. Wir verweisen auch auf die Veröffentlichung der Stadt Mainz unter https://www.mainz.de/zukunft_sehen/buergerbeteiligung/mitmachen/schulstandort-lemmchen_BB.

Mit freundlichen Grüßen


Ludwig Holle



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich		Drucksache Nr. 0495/2026
Amt/Aktenzeichen 31/	Datum 18.05.2026	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Mombach	Kenntnisnahme	11.06.2026	Ö

Betreff:

Ergänzter Sachstandsbericht zu Antrag 0199/2026 FDP im Ortsbeirat Mainz-Mombach
hier: Kommunikation von Änderungen beim Parken in Mombach (FDP)

Mainz, 18.05.2026

gez.
Karsten Lange
Beigeordneter

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat **Mainz-Mombach** nimmt den ergänzten Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Bei den angesprochenen Maßnahmen handelt es sich nicht um eine Neubewertung der Parksituation, sondern um die Durchsetzung der bereits geltenden straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben. Eine vorherige individuelle Information sämtlicher Anwohner ist rechtlich nicht vorgesehen. Die hier maßgeblichen Verkehrsregeln ergeben sich unmittelbar aus der Straßenverkehrsordnung (StVO) und gelten unabhängig davon, ob Anwohner hierüber gesondert informiert werden.

Maßgeblich ist hier insbesondere, dass auf der Fahrbahn eine verbleibende Restbreite von mindestens 3,05 Metern für den fließenden Verkehr, insbesondere auch für Rettungs- und Einsatzfahrzeuge, freigehalten werden muss. Wird diese Mindestbreite unterschritten, ist das Parken unzulässig. Insoweit besteht kein rechtlicher oder tatsächlicher Bewertungsspielraum.

Das Tätigwerden der Verkehrsüberwachung ist dabei nicht auf eine bauliche Veränderung oder eine neue Beschilderung zurückzuführen. Vielmehr haben sich die tatsächlichen Nutzungskonflikte in der Straße in den letzten Monaten deutlich verdichtet. Anlass waren insbesondere wiederholte Meldungen der Kommunalen Abfallwirtschaft (KAW), wonach Entsorgungsfahrzeuge die Scharnhorststraße mehrfach nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten passieren konnten. In solchen Fällen wären auch Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge betroffen, die vergleichbare oder sogar größere Fahrzeugabmessungen aufweisen. Auch aus der Anwohnerschaft heraus wurde die Verkehrsüberwachung telefonisch aufgefordert, vorbeizukommen und das Einhalten der Restbreite zu überprüfen.

In der Vergangenheit durchgeführte Befahrungen mit der Feuerwehr haben ebenfalls zu entsprechenden Problemstellungen geführt. Einsatz- und Feuerwehrfahrzeuge können die Straße teilweise nur unter Mitbenutzung der sogenannten Schrammborde (schmale Gehwege) passieren. Zusätzlich haben unsere Verkehrsüberwachungskräfte vor Ort wiederholt Restfahrbahnbreiten von unter 2,50 m gemessen. Die gesetzlich erforderliche Mindestbreite von 3,05 m zur ungehinderten Durchfahrt wird damit deutlich unterschritten. Die Verwaltung ist in diesen Fällen gehalten, die bestehende Rechtslage umzusetzen. Es gibt hier keinen Regelungsspielraum.

Weder die Scharnhorststraße noch die Lengesstraße waren in der Vergangenheit Gegenstand häufiger Kontrollen. Erst die eingehenden Beschwerden haben die Verkehrsüberwachung veranlasst, dort überhaupt tätig zu werden.

Die Kritik an der Kommunikation über an den Fahrzeugen angebrachte Verwarnungen beziehungsweise Hinweise wird nicht geteilt. Die Verkehrsüberwachung ist verpflichtet, auf konkrete Behinderungen zu reagieren, unabhängig davon, ob diese durch ortsansässige oder ortsfremde Personen verursacht werden.

Das Dezernat VII hat auf ein Schreiben einer Initiative von Anwohnern der Scharnhorststraße und der Lengesstraße reagiert und vor Ort einen Termin durchgeführt, um die rechtliche Lage zu erörtern und sich gemeinsam mit dem Verkehrsüberwachungsamt und dem Verkehrsamt Vorschläge der Anwohner anzuhören.

Um die Anwohnerschaft transparent über das veränderte Verwaltungshandeln zu informieren, wurden in der Scharnhorststraße rund zwölf Tage lang Hinweiszettel an den Fahrzeugen angebracht. Diese Maßnahme diene ausdrücklich der Vorabinformation und Sensibilisierung, bevor gebührenpflichtige Verwarnungen ausgesprochen werden. Seitens der Anwohner wurde bei der Veranstaltung bestätigt, dass diese Verwarnungen wahrgenommen wurden, verschiedene Anwohner nach deren Erhalt aber dennoch weiterhin dort ihre Fahrzeuge abstellten. Das praktizierte Vorgehen der Verkehrsüberwachung war zurückhaltender, als es die Lage eigentlich erfordert hätte.

Uns ist bewusst, dass die allgemeine Parksituation in Mombach angespannt ist. Gleichwohl kann dies nicht dazu führen, dass aus Gründen der Gewohnheit die Sicherheit und Erreichbarkeit für Einsatz- und Entsorgungsfahrzeuge beeinträchtigt wird. Gerade mit Blick auf Feuerwehr- und Rettungseinsätze besteht hier kein Spielraum.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Verwaltung nicht aufgrund einer neuen Bewertung tätig geworden ist, sondern weil an den genannten Örtlichkeiten die erforderliche Mindestrestbreite von 3,05 Metern auf der Fahrbahn nicht eingehalten wurde und dies von verschiedenen Seiten reklamiert wurde. Daraus folgt eine Verpflichtung zum Einschreiten. Die Verwaltung wird die betreffenden Bereiche daher weiterhin im Rahmen der geltenden Rechtslage und der vorhandenen personellen Ressourcen überwachen.

Bezüglich der Möglichkeiten, das Parken von Nutzfahrzeugen und Anhängern in Mombach zu reduzieren oder zu regulieren, nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Das Parken von Nutzfahrzeugen kann durch die Anordnung des Zusatzzeichens 1010-58 („Parken nur für Pkw“) auf positiv beschilderten Flächen untersagt werden. Dadurch werden die betreffenden Parkflächen ausschließlich für Pkw freigegeben.

Hinsichtlich des Parkens von Kraftfahrzeugen mit Anhängern gestaltet sich eine vollständige Unterbindung jedoch schwierig. Nach geltender Rechtslage dürfen Anhänger bis zu zwei Wochen unbewegt am selben Ort abgestellt werden. Die Verkehrsüberwachung kontrolliert diese Regelung regelmäßig. In der Praxis erweist sich dies jedoch als sehr zeit- und personalintensiv, da bereits eine geringfügige Bewegung des Fahrzeugs (erkennbar etwa an einer Veränderung des Ventilstands) genügt, um den Anfangszeitpunkt der Frist zurückzusetzen und somit keine Ordnungswidrigkeit mehr vorliegt.

18.05.2026

gez.
Karsten Lange
Beigeordneter



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich		Drucksache Nr. 0214/2026
Amt/Aktenzeichen 67/67 00 66 Mo	Datum 23.01.2026	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Mombach	Kenntnisnahme	29.01.2026	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 1795/2025 SPD, Ortsbeirat Mainz-Mombach;
hier: Abenteuerspielplatz

Mainz, 29. Januar 2026

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat Mainz-Mombach nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Der „Mombacher Abenteuerwald“ in der Köppelstraße ist bewusst als Naturerfahrungsraum konzipiert und unterscheidet sich grundlegend von klassischen, stark gestalteten Spielplätzen. Ziel dieses Spielplatztyps ist die Förderung von kreativem, freiem und selbstbestimmtem Spiel, bei dem Kinder sich eigenständig ihre Umgebung aneignen, diese entdecken und verändern.

Abenteuerspielplätze unterliegen zudem einer gewollten dynamischen Entwicklung. Veränderungen durch die Entwicklung der Vegetation, durch Nutzung, Witterung und Jahreszeiten sind Bestandteil des Konzepts und tragen zur Vielfalt der Spiel- und Naturerfahrungen bei. Der bewusste Verzicht auf vorgefertigte, industriell produzierte Spielgeräte ermöglicht es Kindern, eigene Spielideen zu entwickeln und die vorhandenen Materialien und Gegebenheiten kreativ zu nutzen.

Die im Antrag geforderten Maßnahmen, insbesondere eine weitgehende Auslichtung der Vegetation, umfassende Beleuchtung sowie bauliche Eingriffe stehen in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu diesem Ansatz. Eine solche Überplanung würde den Abenteuerspielplatz in seinem Wesen grundlegend verändern und ihn funktional einer konventionellen Grünfläche annähern.

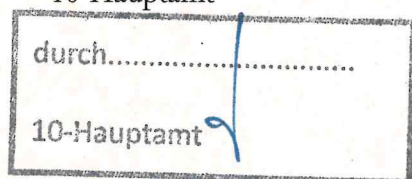
Pflege, Verkehrssicherung und der Umgang mit Nutzungskonflikten erfolgen im Rahmen der laufenden Unterhaltung. Umgestaltungen darüber hinaus sind angesichts der Haushaltslage der Stadt nicht darstellbar. Ziel der Verwaltung ist es, den Spielraum instand zu halten ohne seinen naturnahen, offenen und entwicklungsfähigen Charakter aufzugeben.



Stadtverwaltung Mainz | Dezernat V | Postfach 3820 | 55028 Mainz

Herrn Ortsvorsteher
Christian Kanka
Ortsverwaltung Mainz-Mombach

über
10-Hauptamt



Beigeordnete Janina Steinkrüger
Dezernat für Umwelt und Mobilität

Postfach 3820
55028 Mainz
Stadthaus Große Bleiche
Zimmer 5.029
Große Bleiche 46/ Löwenhofstraße 1

Ansprechperson
Moritz Morsblech
Tel. 06131 12-3722
Fax 06131 12-2555
moritz.morsblech@stadt.mainz.de
www.mainz.de

Mainz, 26. 05.2026

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Mombach am 19.03.2026

Punkt 10.1 Sachstandsbericht zu Antrag 1795/2025 betreffend Abenteuerspielplatz (Vorlage: 0214/2026)

Aktenzeichen: 67 00 66 Mo

Sehr geehrter Herr Kanka, *beso Kanka,*

die Verwaltung teilt nicht die Einschätzung, dass die Mittel aus dem Regionallastenausgleichsgesetz zur Beseitigung von Verunreinigungen durch Hundekot oder Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels verwendet werden können.

Die Verwaltung wird eine Kontrolle der Anlage in kürzeren Intervallen veranlassen und weitere Maßnahmen prüfen, um Verschmutzung zu verringern.

Mit freundlichen Grüßen

Janina Steinkrüger
Janina Steinkrüger



Beschlussvorlage für Ausschüsse

öffentlich

Drucksache Nr.

0909/2026

Amt/Aktenzeichen
61/68

Datum
21.05.2026

TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Mombach	Kenntnisnahme	03.06.2026	Ö

Betreff: Sachstandsbericht zu Antrag 0869/2025 der SPD im Ortsbeirat Mainz-Mombach hier: Überprüfung der geplanten Rad-Pendler-Route
Mainz, 01.06.2026 gez. Steinkrüger Janina Steinkrüger Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat **Mainz-Mombach** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat den Antrag zur Überprüfung der geplanten Fahrradstraßenführung auf der Pendler-Route aufgegriffen und zwischenzeitlich einen Austauschtermin mit Vertreter:innen des Ortsbeirates durchgeführt. Dabei wurden die örtlichen Gegebenheiten, die Hinweise des Ortsbeirates sowie unterschiedliche Möglichkeiten der Radverkehrsführung gemeinsam erörtert.

Im Ergebnis dieses Austausches wird vorgeschlagen, die bisherigen Überlegungen zur Einrichtung einer Fahrradstraße zunächst zurückzustellen und die weitere Planung stattdessen auf die Ausbildung einer sicheren und funktionalen Querungshilfe zwischen den Wirtschaftswegen und der Fahrbahn der Hauptstraße zu fokussieren. Ziel ist es, das Queren der Fahrbahn für den Radverkehr sicher, nachvollziehbar sowie komfortabel zu gestalten und zugleich die Überführung des Radverkehrs zwischen Wirtschaftsweg und Fahrbahn zu erleichtern.

Die hierzu weiterzuentwickelnde Vorzugsvariante sieht eine angepasste Querungslösung mit entsprechenden Aufstell- und Führungsflächen vor. Mit diesem Ansatz soll eine attraktive und sichere Führung der Pendler-Route erreicht werden, ohne die verkehrlichen Auswirkungen innerhalb der Ortslage weiter zu verschärfen. Die Hinweise des Ortsbeirates, insbesondere hinsichtlich möglicher Verkehrsverlagerungen in den Bereich „Am Lemmchen“ sowie der Belange des Schulumfeldes, wurden dabei in die weiteren Überlegungen einbezogen.

Die Verwaltung wird die Planung auf Grundlage dieser angepassten Zielrichtung weiter konkretisieren und die erforderlichen Abstimmungen mit den zuständigen Fachstellen fortführen. Sobald die planerische Abstimmung einen belastbaren und fachlich fundierten Stand erreicht hat, wird die Verwaltung den Ortsbeirat unaufgefordert über das Ergebnis informieren und die weiterentwickelte Planung vorstellen.



Beschlussvorlage

öffentlich		Drucksache Nr. 0879/2026
Amt/Aktenzeichen 51/	Datum 18.05.2026	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 26.05.2026

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg	Kenntnisnahme	28.05.2026	Ö
Jugendhilfeausschuss	Vorberatung	02.06.2026	Ö
Bau- und Sanierungsausschuss	Kenntnisnahme	03.06.2026	Ö
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	Kenntnisnahme	09.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Hartenberg/Münchfeld	Kenntnisnahme	09.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Neustadt	Kenntnisnahme	10.06.2026	Ö
Ortsbeirat Mainz-Mombach	Kenntnisnahme	11.06.2026	Ö
Stadtrat	Entscheidung	17.06.2026	Ö

Betreff:

Bewerbung für das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm "Sozialer Zusammenhalt/Soziale Stadt" mit den drei Regionalfenstern Mombach, Nördliche Neustadt/Hartenberg und Lerchenberg

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, 20.05.2026

gez.

Jana Schmöller
Beigeordnete

Mainz, 26.05.2026

gez.

Nino Haase
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, für die drei Regionalfenster Mombach, Nördliche Neustadt/Hartenberg und Lerchenberg eine Bewerbung für das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt/Soziale Stadt“ zu erstellen.

Sachverhalt

In seiner Sitzung am 04.02.2026 hat der Stadtrat dem Antrag der Verwaltung auf Wiederaufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt/Soziale Stadt“ (1897/2026) zugestimmt.

Im Anschluss hat die Verwaltung gegenüber dem Ministerium des Innern und für Sport (Mdl) ein Interessensbekundungsschreiben eingereicht und damit den ersten Verfahrensschritt zur Neuaufnahme in das Förderprogramm eingeleitet. Im nächsten Schritt ist die Erarbeitung eines Grobkonzepts zur Vorbereitung der Bewerbung erforderlich.

Zur Vorbereitung wurden im Oktober 2025 unter Beteiligung der zuständigen Ämter und unter Berücksichtigung der Daten aus der Sozialraumanalyse 2023 bereits erste Einschätzungen bzgl. potenzieller Fördergebiete generiert.

Auf Grundlage der vorliegenden Sozialdaten sowie des ermittelten städtebaulichen Entwicklungsbedarfs konnten die Gebiete Hartenberg-Münchfeld/Neustadt, Mombach, Lerchenberg, Marienborn und Finthen als räumliche Handlungsschwerpunkte identifiziert werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die endgültige Abgrenzung der Fördergebiete nicht zwingend an bestehende Stadtteilgrenzen gebunden ist.

Im weiteren Abstimmungs- und Prüfungsprozess mit den betroffenen Ämtern wurden vornehmlich in den Stadtteilen Hartenberg-Münchfeld/Neustadt (insbesondere Hartenberg und nördliche Neustadt aufgrund des Lebenslagenindex), Mombach und Lerchenberg weitreichende Potenziale für eine städtebaulichen Entwicklung festgestellt. Für den Stadtteil Finthen sieht die Verwaltung nicht ausreichend städtebauliche Entwicklungspotenziale, die eine Aufnahme in das Förderprogramm rechtfertigen. Auch Marienborn kann aufgrund unzureichender Potenzialflächen im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, eine Bewerbung mit den Stadtteilen/Bezirken Nördliche Neustadt/Hartenberg, Mombach und Lerchenberg fristgerecht bis zum 27.11.2026 einzureichen.

Für das 1. Regionalfenster ist ein Förderbeginn voraussichtlich im Jahr 2027 vorgesehen (Förderlaufzeit: vier Jahre). Der Beginn der Förderperioden für die Regionalfenster 2 und 3 wird voraussichtlich im Jahr 2028 liegen (jeweils Förderlaufzeit: vier Jahre). Der Förderbeginn ist vom Abschluss der bestehenden Regionalfenster (Abschluss Mombach voraussichtlich 2026, Abschluss Neustadt und Lerchenberg voraussichtlich 2027) abhängig.

Lösung

Die Verwaltung bewirbt sich mit einem Grobkonzept für die Aufnahme in das Bund-Länder Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt/Soziale Stadt“ mit den Stadtteilen/Bezirken Nördliche Neustadt/Hartenberg, Mombach und Lerchenberg vor.

Alternativen

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Bewerbung für das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt/Soziale Stadt“ für die Stadtteile/Bezirke Hartenberg/Nördliche Neustadt, Mombach und Lerchenberg nicht zu, womit eine Neuaufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm für 2027 nicht mehr möglich ist.

Finanzierung

Grundsätzlich gilt für das Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt/Soziale Stadt“: Für die förderfähigen Investitionskosten (Herstellungskosten/Baukosten) sowie laufenden Kosten im Rahmen des Quartiermanagements (Personalkosten, Sachmittel und Mittel für Öffentlichkeitsarbeit) ist eine maximal 90-prozentige Zuwendung nach Aufnahme in das Förderprogramm und nach Zustimmung des Fördergebers zu den einzelnen Kosten möglich. Der verbleibende Eigenanteil von mindestens zehn Prozent, die nicht förderfähigen sowie die Förderobergrenzen übersteigenden Kosten sind im städtischen Haushalt nachzuweisen.

Die laufenden Kosten für das bereits bestehende Quartiermanagement werden im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2027 ff. berücksichtigt. Dieser steht jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung durch die ADD.

Die Entscheidung über konkrete Investitionsmaßnahmen steht noch aus, sodass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Kosten diesbezüglich beziffert werden können.